

FRAGE

Bundeskanzlerin Angela Merkel treibt gemeinsam mit dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy im „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ eine engere Abstimmung der nationalen Wirtschaftspolitiken innerhalb der EU-Staaten im Rahmen von Selbstverpflichtungen voran. Halten Sie einen solchen Pakt auf EU-Ebene für sinnvoll?

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Dies kommt auf die Inhalte an.

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Ein solcher Pakt kann helfen Reformen anzustoßen. Allzu viel sollte man aber nicht von solchen Selbstverpflichtungen erwarten. Im Zweifel sind innenpolitische Befindlichkeiten wichtiger als vage europäische Selbstverpflichtungen.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Bedingung ist, dass (i) die Regierungen es dieses Mal wirklich ernst meinen, im jeweils eigenen Land eine verantwortungsvolle Wirtschafts- und Finanzpolitik zu betreiben, (ii) die Regeln des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts gehärtet werden und bei Verstößen nicht mehr nach politischer Opportunität entschieden wird, (iii) die Unabhängigkeit der EZB ohne Wenn und Aber respektiert wird und (iv) keine europäische Superbürokratie geschaffen wird.

Prof. Dr. Ansgar Belke Forschungsdirektor Internationale Makroökonomie am DIW Berlin sowie Direktor des Instituts für Betriebswirtschaft und Volkswirtschaft (IBES), Universität Duisburg-Essen:

Dass eine Währungsunion ohne eine politische Union Probleme mit sich bringt, hat sich in der Staatsschuldenkrise gezeigt. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt war offensichtlich für sich genommen kein wirksames Instrument, einem Ausufern der Staatsverschuldung entgegenzuwirken. Insofern muss in Zukunft vermehrt auf eine nachhaltige Haushaltspolitik Wert gelegt werden. Bei einer solchen Neuordnung in der Eurozone/EU, die möglicherweise immer größere Rettungsschirme und damit eine Solidarhaftung für Staatsschulden à la Eurobonds durch die Hintertür umfassen wird, muss allerdings darauf geachtet werden, dass die Wettbewerbsanreize nicht gänzlich verloren gehen. Die beschriebene - der Pakt für Wettbewerbsfähigkeit - ist somit eine anreizkonforme *Conditio-sine-qua-non* für die Solidarhaftung und gibt dem „European Economic Government“ ein adäquates Gesicht. So sollten vor allem die Nationalstaaten von moderaten Lohnentwicklungen oder effizienteren Steuersystemen in ihrem Land profitieren.

Prof. Bernd Fitzenberger, Ph.D. Lehrstuhl in der Abteilung für Empirische Wirtschaftsforschung und Ökonometrie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Der Pakt dürfte allerdings nicht zu Protektionismus oder Schutzpolitiken führen, sondern müsste Grundprobleme der Wirtschaftspolitik (Stabilitätspolitik) angehen.

Prof. Dr. Roland Vaubel Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Politische Ökonomie, Universität Mannheim:

Der Pakt wäre unwirksam, da sich jeder nur zu dem verpflichtet, was er sowieso tun will. Die Steuer-, Renten- und Lohnpolitik sind überdies für eine internationale Koordination nicht geeignet.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Der Pakt, wie er von der deutschen Regierung vorgeschlagen wird, zielt überwiegend auf eine Verbesserung der Angebotsbedingungen. Dies ist ein sinnvoller Ansatz. Allerdings sollte er im Bereich der Steuerpolitik den Wettbewerb nicht völlig unmöglich machen.

Prof. Dr. Wolf Schäfer Ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Theoretische Volkswirtschaft, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg:

Ein „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ müsste bedeuten, dass alle EU-Mitglieder versuchen, im Wettbewerb zueinander komparative Vorteile zu produzieren: Interner EU-Systemwettbewerb! Eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Existenz von Wettbewerb ist das Vorhandensein von Rivalität. Diese wird aber durch Koordination, wie sie dem französischen Muster einer „Wirtschaftsregierung“ entspricht, geradewegs wegharmonisiert. Daraus entspringt nicht mehr, sondern weniger Wettbewerbsfähigkeit.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Ein Pakt ist im Prinzip zwar sinnvoll, aber auch sehr gefährlich. Wer schützt uns vor einem „Pakt für schlechte Wettbewerbsfähigkeit“?

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Eine Abstimmung der nationalen Wirtschaftspolitik geht zu weit. Erforderlich sind striktere Regeln für die nationale Finanzpolitik. Darüber hinaus gehende inhaltliche Fragen sind Sache der Mitgliedstaaten. Es gäbe darüber zu wenig Konsens, und die europäische Entscheidungsebene würde sich lähmen.

Dr. Manfred Schwaren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Eine solche Abstimmung wäre bereits vor Einführung einer gemeinsamen Währung erforderlich gewesen. Eine Abstimmung und Harmonisierung weiterer Politikbereiche folgt hoffentlich noch, so z.B. insbesondere der Steuerpolitik. Wo Alleingänge in der Steuerpolitik hinführen können, hat das Beispiel Irland mit seinem aufgeblähten Bankensystem ja eindrucksvoll gezeigt.

Dr. Dirk Schlotböller Referat Konjunktur- und Wachstumspolitik, Konjunkturanalyse, Wirtschaftspolitische Unternehmensbefragungen, DIHK:

Eine stärkere Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten im Vorfeld kann Europa krisenfest machen. Der Pakt darf aber nicht über das Ziel hinausschießen: Wenn von der EU aber konkrete Reformvorschläge für einzelne Mitgliedsstaaten verlangt würden, wäre Brüssel in seiner Leistungsfähigkeit überfordert. So sinnvoll die europaweite Einführung nationaler Schuldenbremsen auch ist, so wenig kann die Staatengemeinschaft konkrete Sparvorschläge machen. Auch eine Anpassung der Rentensysteme an die demografische Entwicklung sollte selbstverständlich sein – ohne eine Vereinheitlichung der Rentenpolitik auf europäischer Ebene.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Er ist politisch nicht durchsetzbar und wird, wenn es hart auf hart kommt, zu erheblichen politischen Verwerfungen führen.



Dr. Alfred Boss Forschungsbereich „Das Wohlfahrtssystem“, Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Es ist besser, eine autonome Finanzpolitik der einzelnen Länder zu haben. Die Politiken stehen dann im Wettbewerb. Man kann voneinander lernen und die Ausgabendisziplin wird gefördert, weil auch die Steuerpolitik im Wettbewerb stünde. Das schließt nicht aus, dass sich die einzelnen Länder gegenseitig über die geplante Politik informieren. Was die Festsetzung der Löhne betrifft, so sind die Anforderungen in den einzelnen Ländern sehr verschieden. Nur dezentral lassen sich die erforderlichen Anpassungen erreichen.

Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

Es ist kein „Pakt“ erforderlich, sondern innerhalb des Euroraums müssen jene Länder, die Leistungsbilanzdefizite aufweisen, die nicht dauerhaft tragfähig sind, das Wachstum ihrer Lohnstückkosten bremsen. Ob sie das über höheres Produktivitätswachstum oder geringeres Nominallohnwachstum erreichen wollen, kann getrost ihnen überlassen werden. Eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Euroländer insgesamt gegenüber Drittländern ist eine Daueraufgabe und bedarf ebenfalls keines „Paktes“. Das kann und soll nach dem Subsidiaritätsprinzip jedes Land aus eigenem Interesse tun. Die ganze „Paktidee“ zielt vermutlich darauf ab, Deutschland zu etwas zu zwingen, was es ohne Pakt nicht getan hätte. Da fällt einem allerlei ein von expansiverer Lohnpolitik zur internen „Angleichung der Wettbewerbsfähigkeit“ über eine Politik der Euro-Schwäche zur Stärkung der externen Wettbewerbsfähigkeit bis hin zur Akzeptanz öffentlicher Kreditfinanzierung „nützlicher“ Investitionen in Ländern, die ihre Steuereinnahmen für Konsum verwenden. Wer die Zinsen als Knappheits- und Risikoindikator auf den Finanzmärkten abschaffen will, indem er die Haftungsregeln des Maastricht-Vertrages außer Kraft setzt: vor dessen Paktangeboten sollte man sich fernhalten.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Inhaltlich gibt es dafür keine Begründung. Sie will damit offenbar andere Ansätze abwehren. So betrachtet hat es vielleicht einen gewissen Sinn.

Dr. Marco Bargel Chefvolkswirt, Postbank AG:

Mit einem solchen Pakt kann das Problem der makroökonomischen Ungleichgewichte innerhalb des Euroraums angegangen werden.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Ohne bindende Verpflichtung zu einer Konsolidierungspolitik kann es keine gegenseitige Unterstützung geben. Allerdings sollte der Pakt sich auf die Stabilisierung der Finanzpolitik beschränken. Er darf nicht zu einer zwangsweisen Vereinheitlichung der Wirtschaftspolitiken insgesamt führen.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Von einer verbesserten Koordination der nationalen Wirtschaftspolitiken profitieren alle beteiligten Länder.



Prof. Dr. Robert Schwager Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen:

Wettbewerbsfähigkeit erlangt Europa durch politischen Wettbewerb, nicht durch ein Kartell der Politiker.

Prof. Dr. Peter Oberender ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Wichtig ist, dass auch Taten folgen.

Alexander Koch Volkswirt, UniCredit Group:

Wichtig wäre eine gute Mischung aus mehr Wettbewerbsfähigkeit in jedem einzelnen Land und mehr Koordinierung auf europäischer Ebene; diese muss allerdings konkret mit Leben gefüllt werden.

FRAGE

Die steigenden Preise für Rohstoffe und Nahrungsmittel treiben die Inflation in vielen Schwellenländern. Dazu kommen Sorgen um die politische Stabilität. Die Preissteigerungen haben dazu geführt, dass die Zentralbanken in Brasilien, Indien oder Polen die Leitzinsen bereits angehoben haben. Angesichts dessen haben Investoren in der Vorwoche über sieben Milliarden Dollar aus Schwellenländern abgezogen und damit so viel wie seit drei Jahren nicht.

Steuern die Schwellenländer nach Jahren des schnellen Wachstum nun auf eine Überhitzung zu?

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Überhitzung droht in den Ländern, die von den steigenden Preisen profitieren.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Es sind bereits in China, Brasilien und anderen Ländern verschiedene Maßnahmen (Leitzinserhöhung, Einschränkung der Kreditvergabe, Währungsaufwertung, Beschränkungen der Kapitalzuflüsse aus dem Ausland) eingeleitet worden, um das Risiko von Investitions- und Immobilienblasen unter Kontrolle zu halten.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Es ist zwar richtig, dass einige Schwellenländer wie beispielsweise China gegenwärtig gegen Überhitzungserscheinungen ihrer Wirtschaft ankämpfen. Pauschal trifft dies aber nicht für alle Emerging Markets zu. Die Emerging Markets haben auch in den nächsten Jahren das Potenzial, deutlich rascher als die entwickelten Volkswirtschaften zu wachsen.

Alexander Koch Volkswirt, UniCredit Group:

Es gibt bereits deutliche Anzeichen für eine Abkühlung, z.B. die Verlangsamung der Hauspreissteigerungen in China.



Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die Weltkonjunktur zeigt eher bereits wieder Zeichen der Abschwächung. Allerdings ist hohe Wachsamkeit im Hinblick auf die Inflation angezeigt. Die Leitzinserhöhungen kommen eher zu spät.

Dr. Dirk Schlotböller Referat Konjunktur- und Wachstumspolitik, Konjunkturanalyse, Wirtschaftspolitische Unternehmensbefragungen, DIHK:

Die Wachstumsmärkte machen sich weiter an den Aufholprozess zu den Industriestaaten. Das geht nicht von heute auf morgen. Die dämpfenden Maßnahmen der Schwellenländer sind der richtige Weg, um die Geschwindigkeit auf einem Normalmaß zu halten.

Dr. Marco Bargel Chefvolkswirt, Postbank AG:

Die Preissteigerungen bei Rohstoffen liegen nicht allein im schnellen Wachstum der Schwellenländer begründet. Preisauftrieb in anderen Sektoren ist vielfach noch verhalten. Gegensteuern der Geldpolitik in diesen Ländern ist notwendig und auch noch möglich.

Prof. Dr. Ansgar Belke Forschungsdirektor Internationale Makroökonomie am DIW Berlin sowie Direktor des Instituts für Betriebswirtschaft und Volkswirtschaft (IBES), Universität Duisburg-Essen:

Die Gefahr einer Überhitzung in einigen Schwellenländern ist sicherlich gegeben. So haben die enormen Kapitalzuflüsse der vergangenen Jahre dazu geführt, dass beispielsweise Immobilienpreise deutlich gestiegen sind. Allerdings zeigen Aktienmarktindizes noch keine akute Übertreibung an.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Die Gefahr besteht, aber die betroffenen Länder treffen die richtigen Maßnahmen, um ihr zu begegnen.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die Gefahr besteht vor allem wegen der weltweit expansiven Geldpolitik.

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Die derzeitigen Wachstumsraten sind nicht langfristig durchzuhalten.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Das hohe Wachstum treibt die Preise. Darüber hinaus heizt die verfehlte Wechselkurspolitik Chinas das Problem dort an. Eine Aufwertung würde viele Probleme auf einmal lösen.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Da ist noch genügend Luft für Wachstum!

FRAGE

Die Union plant in der Finanz- und Wirtschaftspolitik weitere wichtige Neuregelungen. Nach den Plänen sollen Steuerhinterzieher, die sich selbst beim Fiskus anzeigen und im Gegenzug straffrei bleiben, zusätzlich zu den bereits bislang fälligen Verzugszinsen einen Zuschlag auf ihre ausstehende Steuerschuld von fünf Prozent pro Jahr nachentrichten. Zudem soll die Hürden für eine straffreie Selbstanzeige höher gelegt werden. Halten Sie einen solchen Ansatz für richtig?

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Besser wäre eine EU-weite Harmonisierung in der Steuerpolitik.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Das ist Populismus. Glaubwürdig wäre der Ansatz nur, wenn auch die Strafen und Kontrollen für Schwarzarbeit entsprechend verschärft würden.

Prof. Dr. Ansgar Belke Forschungsdirektor Internationale Makroökonomie am DIW Berlin sowie Direktor des Instituts für Betriebswirtschaft und Volkswirtschaft (IBES), Universität Duisburg-Essen:

Dass man für begangene Straftaten mit entsprechenden Konsequenzen rechnen muss, sollte für jeden selbstverständlich sein. Wieso gerade das Delikt der Steuerhinterziehung gesondert behandelt werden sollte, ist unklar. Insofern ist eine weniger kulante Behandlung von Selbstanzeigen in diesem Falle nur konsequent. Hier ist insbesondere auf die Steuergerechtigkeit hinzuweisen. Das zusätzlich Strafzinsen auf die hinterzogenen Steuern eingefordert werden, erscheint schwierig, da diese womöglich nicht verfassungskonform sein dürften.

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Die Hürden sind bereits hoch genug.

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Die Wahrscheinlichkeit ertappt zu werden, ist die entscheidende Stellschraube. Bei Altfällen wirken höhere Hürden für eine Offenlegung hinterzogener Steuern dann eher kontraproduktiv.

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Ein zu leichter Exit aus der Steuerhinterziehungssituation durch eine kostengünstige Amnestie macht Steuerhinterziehung attraktiv. Der Steuerpflichtige kann zunächst einmal den Hinterziehungsweg gehen und bei Gefahr im Verzug (z.B. das Auftauchen einer neuen CD) sich immer noch selber anzeigen. Dieses Kalkül ist so zu verändern, dass auch der spätere Exit zumindest mit gewissen Kosten verbunden bleibt.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Eine solche Regelung macht Selbstanzeige unattraktiv.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Eine Strafprämie in Höhe von 5 % ist angemessen und transparent.



Prof. Dr. Wolf Schäfer Ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Theoretische Volkswirtschaft, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg:

Es gibt eine augenfällige Asymmetrie zwischen dem Verlangen des Staates nach strikter Steuerehrlichkeit der Zensiten auf der einen Seite und seinem eigenen leichtfertigen und verschwenderischen Ausgabengebahren (inklusive der gigantischen Rettungsschirme und Sicherheitsgarantien, die letztlich die Steuerbürger zu tragen haben) auf der anderen Seite.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Es kann generell nicht dauerhaft so sein, dass Steuerhinterziehung nur deshalb straffrei bleibt, weil man sich selbst anzeigt. So etwas kann man bestenfalls einmal vorübergehend machen. Auf Dauer wird das Unrechtsbewusstsein und ganz allgemein das Rechtsempfinden dadurch zerstört.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Es wir dann noch weniger Selbstanzeigen geben.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Mehr Steuergerechtigkeit ist immer gut.

Prof. Dr. Robert Schwager Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen:

Steueramnestien als Dauereinrichtung untergraben die Rechtsstaatlichkeit.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Steuerehrlichkeit ist ein öffentliches Gut von hohem Rang.

FRAGE

Zudem erwägt die Union, die Finanztransaktionssteuer zunächst nur in Deutschland, Frankreich und Österreich einzuführen. Andere Länder könnten sich später anschließen. Denkbar wären Steuersätze von 0,01 bis 0,1 Prozent für Devisengeschäfte oder Aktienkäufe. Innerhalb der EU zeichnet sich derzeit in dieser Frage kein Konsens ab. Wäre ein mögliches Voranpreschen dreier Länder aus Ihrer Sicht sinnvoll?

Dr. Dirk Schlotböller Referat Konjunktur- und Wachstumspolitik, Konjunkturanalyse, Wirtschaftspolitische Unternehmensbefragungen, DIHK:

Solche Alleingänge führen zu einem Wettbewerbsnachteil dieser Institute und ihrer Anleger. Die drohende Regulierungsarbitrage gilt es gerade nach den Erfahrungen der Krise zu vermeiden.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Nur ein europaweites/globales Vorgehen kommt hier in Frage. Im Übrigen ist der Sinn einer Finanztransaktionssteuer zweifelhaft.



PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Nichts ist mobiler als Finanztransaktionen. Ein Häkchen am Bildschirm bei „London“ statt bei „Frankfurt“ - und schon ist die Transaktion abgewandert. Selbst wenn die Steuer sehr gering bleibt - eine bessere Werbekampagne könnte sich der Finanzplatz London nicht wünschen.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Nationale Alleingänge sind bei international verflochtenen Finanzmärkten wenig sinnvoll, der Umgehungsmöglichkeiten wegen. Im Übrigen ist die Finanztransaktionssteuer, anders als von Politikern behauptet, kein gutes Regulierungsinstrument: weder wird die Stabilität der Finanzmärkte erhöht, noch wird das Risiko künftiger Finanzmarktkrisen verringert. Da sie nur das Transaktionsvolumen auf den Finanzmärkten besteuert, ist sie viel zu grob. Eine echte Lenkungssteuer („Pigou-Steuer“) müsste am systemischen Risiko der Banken ansetzen und entsprechend variable und fühlbare Steuersätze haben.

Prof. Dr. Robert Schwager Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen:

Es werden Transaktionen in Länder verlagert, die die Steuer nicht einführen.

Prof. Dr. Peter Oberender ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Es handelt sich um eine Wettbewerbsbehinderung.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Es gilt zu zeigen, dass es möglich ist und nicht das Ende der Welt, wie wir sie kennen. Danach kann es unter Umständen bald Nachahmer geben.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Eine solche Steuer ist grundsätzlich nicht geeignet, für mehr Stabilität zu sorgen. Sie belastet eher die notwendige Aufstockung des Eigenkapitals der Banken.

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Eine solche Maßnahme führt nur zu Verlagerung.

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich „Das Wohlfahrtssystem“, Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Eine Finanztransaktionssteuer ist ökonomischer Unfug. Sie soll mehr Stabilität der Märkte bringen. Man meint, ein Weniger an Umsatz bringe ein Mehr an Stabilität. Empirische Untersuchungen belegen das exakte Gegenteil. Erhöhte Transaktionskosten verstärken die Volatilität der Märkte.

Prof. Dr. Ansgar Belke Forschungsdirektor Internationale Makroökonomie am DIW Berlin sowie Direktor des Instituts für Betriebswirtschaft und Volkswirtschaft (IBES), Universität Duisburg-Essen:

Ein Vorangehen einiger weniger Länder in dieser Frage ist abzulehnen. Selbst eine gemeinsame Einführung einer Finanztransaktionssteuer in der Europäischen Währungsunion ließe den

bedeutenden Finanzplatz London außen vor, so dass große Kapitalbewegungen zu erwarten wären. Insofern sollte auf eine EU-weite Lösung hingearbeitet werden.

Prof. Dr. Hermann Locarek-Junge Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwirtschaft und Finanzdienstleistungen, Technische Universität Dresden:

Diese Tobin-Steuer ist insgesamt nicht sinnvoll und wird nur zu Kosten und Ausweichen der Investoren führen, aber den angestrebten Effekt nicht erreichen. Dazu gibt es reichlich theoretische Analysen und praktische Beispiele (u.a. Börsenumsatzsteuer in Deutschland und Transaktionssteuer in Schweden!), aber offensichtlich ist die „heiße Herdplatte“ Kapitalmarkt so verlockend, dass die Politik jedes unsinnige ökonomische Experiment wenigstens einmal ausprobieren will. Man wird die Warnung ignorieren, aber sich wieder die Finger verbrennen.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Diese Steuer braucht keiner. Die Umgehungsmöglichkeiten treffen die einheimischen Handelsplätze und verteuern die Reallokation von Kapital.

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Diese drei Länder allein sind zu wenige, das führt allein zu Verlagerungen steuerpflichtiger Geschäfte. Eine EU-weite Regelung wäre wohl noch zu wenig.

Prof. Dr. Wolf Schäfer Ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Theoretische Volkswirtschaft, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg:

Die Transaktionsarbitrage wird bewirken, dass Finanztransaktionen zunehmend außerhalb der genannten Länder stattfinden. Zudem ist eine Finanztransaktionssteuer, wie im Übrigen auch ihr spiritus rector, James Tobin, noch zu seinen Lebzeiten zugestand, substantiell nicht sinnvoll. Die diesbezügliche Debatte wird ja schon lange geführt und ist ideologisch überfrachtet.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Die Steuer löst kein Problem.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Die Regelung macht London stark – so wie damals die Börsenumsatzsteuer!

Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

Die ganze Steuer ist Unfug.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Der Handel würde sich auf konkurrierende Börsenplätze verlagern.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Das ist sinnlos.

FRAGE

Angesichts der zuletzt steil gestiegenen Rohstoffpreise hat sich der Chef der UN-Organisation für Landwirtschaft und Ernährung (FAO), Jacques Diouf, für eine Regulierung der Rohstoffmärkte ausgesprochen. Auch der französische Staatspräsident und amtierende G8- und G20-Präsident Nicolas Sarkozy will die Rohstoffmärkte strenger regulieren, um Hungerrevolten zu verhindern und den wachsenden Bedarf der Weltbevölkerung zu sichern. Halten Sie eine strengere Kontrolle der Rohstoffmärkte für sinnvoll?

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Wichtig ist mehr Transparenz über das Marktgeschehen. Eine Überregulierung sollte vermieden werden.

Dr. Dirk Schlotböller Referat Konjunktur- und Wachstumspolitik, Konjunkturanalyse, Wirtschaftspolitische Unternehmensbefragungen, DIHK:

Ursache der steigenden Preise ist in erster Linie die florierende Weltkonjunktur bei gleichzeitigen Angebotsengpässen. Preistreibend wirken etwa Katastrophen wie die Überflutungen in Australien, schlechte Ernten bei regenerativen Rohstoffen und außerdem Angebotsverknappungen durch Länder mit Ressourcenvorkommen. Gerade bei steigenden Preisen gewinnen Absicherungsgeschäfte an Terminbörsen für die Unternehmen weiter an Bedeutung. Wir sollten uns daher vor Einschränkungen hüten. Mehr Transparenz auf den Märkten beispielsweise über Lagerbestände hingegen könnte den Unternehmen helfen, sich gegen Preissteigerungen abzusichern.

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Reale Knappheiten können nicht durch Regulierung bekämpft werden. Das erinnert an die Planwirtschaften und die Situation zurückgestauter Inflation: Dem Verbraucher würde ein solches Regulierungsregime am Ende nicht nutzen. In Bezug auf die steigenden Lebensmittelpreise werden diese Preisanstiege zur Produktionsausweitung führen. Wichtig ist allerdings eine konsequente Liberalisierung der globalen Nahrungsmittelmärkte.

Prof. Dr. Robert Schwager Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen:

Preisregulierungen führen zu Rationierung und Verschwendung der Ressourcen (siehe DDR!).

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Man sollte die Produktion von Nahrungsmitteln weltweit attraktiver machen.

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Jede Regulierung der Märkte führt unweigerlich dazu, dass sich die Politiker gegen die Marktkräfte auflehnen und damit das Problem nur verschärfen.



Prof. Dr. Hermann Locarek-Junge Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwirtschaft und Finanzdienstleistungen, Technische Universität Dresden:

Es gibt genug agrarische Rohstoffe, sogar Überkapazitäten auf vielen Märkten. Die französische Industriepolitik wird allmählich zum Sozialismus und zur Planwirtschaft. Misstrauen gegenüber Menschen und Marktkräften und totales Vertrauen in die Bürokratie und die Planung. Als wäre das nicht schon mehrfach katastrophal gescheitert! Maßnahmen sollten daher keine ergriffen werden! Absolut keine. Finger weg!

Prof. Dr. Kai Carstensen Bereichsleiter Konjunktur und Befragungen, ifo Institut für Wirtschaftsforschung :

Eine angemessene Unterlegung mit Eigenkapital ist auf jeden Fall sinnvoll. Es darf aber nicht so weit gehen, dass der Staat sich über Preiskontrollen oder Handelsverbote einmisch.

Prof. Dr. Peter Oberender ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Ein solcher Ansatz ist überflüssig!

Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

Ein „Ja“ käme dann in Frage, wenn die beiden Herren in Zeiten sinkender Preise für Rohstoffe ihre Forderungen ebenso vehement erheben würden, also nie.

Prof. Dr. Ansgar Belke Forschungsdirektor Internationale Makroökonomie am DIW Berlin sowie Direktor des Instituts für Betriebswirtschaft und Volkswirtschaft (IBES), Universität Duisburg-Essen:

Die Spekulation mit Rohstoffen ist ökonomisch nachzuvollziehen. Es ist viel Anlegergeld an die Rohstoffmärkte geflossen, unter anderem unterstützt durch die sehr niedrigen Zinsen in der industrialisierten Welt. Finanzinvestoren steigen in den Rohstoff-Terminmarkt ein, weil sie eine Zunahme der Rohstoffpreise (-preisinflation) erwarten. Schließlich leiden vor allem die Entwicklungsländer, in denen sehr hohe Teile des verfügbaren Einkommens für Lebensmittel ausgegeben werden, unter den durch Spekulation gestiegenen Preise. Diese Problematik trifft insbesondere für Länder zu, die große Teile der Lebensmittel importieren müssen. Negative Folgen der Spekulation ließen sich vermeiden durch einen international koordinierten Ausstieg aus der derzeit ultraexpansiven Geldpolitik, falls dieser gelingt. Denn nur so können die globale Überschussliquidität und die hiermit unweigerlich einhergehende Inflation der Rohstoffpreise verringert werden. Weder die EU-Kommission noch Sarkozy (der im Rahmen seines G-20-Vorsitzes auf Devisenmarktinterventionen und/oder eine weiterhin expansive Geldpolitik in der Eurozone zur Verhinderung weiterer Aufwertungen des Euro setzt => weitere Erhöhung der globalen Überschussliquidität, „Currency War“) packen so das Problem der Rohstoffpreisspekulation und -inflation an der Wurzel. Weitere Überlegungen im Nahrungsmittelbereich könnten die Bildung einer Getreidereserve/eines Getreidefonds betreffen. Die Spekulation kann Preisausschläge durch Trockenheit etc. noch verschärfen. Dies wurde erst zum Höhepunkt der vergangenen Finanzkrise durch eine kurze, scharfe, später aber wieder von den Märkten zurückgenommene Abwärtskorrektur der Preise am Markt für Agrarprodukte deutlich. Es ist nicht einsehbar, warum eine Reserve im Nahrungsbereich weniger wichtig sein sollte als im Energiebereich. Die Bildung einer Getreidereserve/eines Getreidefonds erfordert dringend eine internationale Initiative, die Grundregeln, Beteiligung und Kosten, Management und Finanzierung regeln muss.

Dr. Manfred Schveren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Die Spekulanten sind nicht schuld an Missernten ausgelöst durch Dürre, Überflutungen oder Brände. Der Preis ist eine Funktion aus Angebot und Nachfrage; der Markt ist nur der organisatorische Rahmen dafür. Wie kann der Preis durch reine Kontrollen sinken?

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Das ist ein alter Hut, der noch nie funktioniert hat. Der Rohstoffbedarf und damit auch die Preise werden weiter steigen, armen Ländern kann man da nur mit direkten Transfers helfen. Es müssen schlicht und einfach mehr Rohstoffe produziert bzw. eingespart werden, auch wenn das teuer ist.

Prof. Bernd Fitzenberger, Ph.D. Lehrstuhl in der Abteilung für Empirische Wirtschaftsforschung und Ökonometrie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Dabei bestehen große ordnungspolitische Gefahren. Hungerrevolten/Hungerkrisen sollten bei Bedarf zu direkten Hilfen an die betroffenen Menschen führen, um humanitäre Katastrophen zu verhindern. Nur in Extremfällen sollten Lebensmittel gratis oder subventioniert bereitgestellt werden.

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Besonders dann nicht, wenn der Vorschlag aus Frankreich kommt. Das ist Staatsdirigismus pur.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Alles oder das Meiste der Spekulation anzulasten, das ist eine Mär. Die Preisentwicklung auf den Rohstoffmärkten spiegelt weitgehend die weltweite Entwicklung von Angebot und Nachfrage wider. Wollte man dieses Preissignal regulatorisch außer Kraft setzen, wären Fehlentwicklungen programmiert; insbesondere wären die Anreize für einen behutsamen Umgang mit Rohstoffen und für einen rohstoffsparenden technischen Fortschritt dahin. Die Hungersnöte in Entwicklungsländer sind dem Versagen der nationalen Regierungen geschuldet, die viel zu wenig tun, um die Potentiale der eigenen Landwirtschaft, die es durchaus gibt, zu heben.

Prof. Dr. Wolf Schäfer Ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Theoretische Volkswirtschaft, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg:

Alle staatlichen Kontrollen dieser Art generieren, das zeigt die empirische Evidenz, immer dasselbe: staatliches Regulierungsversagen (aufgrund von: konstitutionellem Mangel an Zukunftswissen, falschen und ineffektiven Regulierungsinstrumenten, interessen- und lobbyorientierten Regulierungen, aufgeblähten Administrationen u.a.).

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Aber wir brauchen Institutionen, die zur Marktberuhigung durch virtuelle Vorräte und Finanzmittel betragen kann. Die fehlen hier und das ist verheerend.